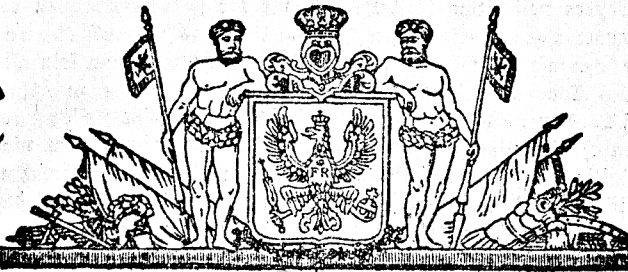


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): V. Dr. Edwards, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Vor Kahrs Wiederkehr?

„Volkspartei“ und „Mittelpartei“.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

München, 16. September.

Wie wir erfahren, hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei beschlossen, Herrn v. Kahr die Kandidatur zur Ministerpräsidentenschaft anzubieten. Zu diesem Zweck ist der Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Held nach Veretzgaden gereist, wo der Ministerpräsident sich jetzt wieder aufhält. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß Herr von Kahr auch sicher die Regierung wieder übernehmen wird. Die Motive der Bayerischen Volkspartei liegen ziemlich klar zutage. Herr von Kahr, der sich eines immerhin beträchtlichen Ansehens im Lande erfreut, und zwar als warmer Verteidiger der staatlichen Rechte Bayerns, ist gerade deshalb von der Mittelpartei, der er innerlich ja auch nahesteht, übermäßig laut auf den Schild gehoben worden. Es ist verständlich, daß die Volkspartei den Anschein vermeiden will, weniger treu an ihrem Ministerpräsidenten zu hängen.

Selbst als Formsache betrachtet, würde das erneute Angebot nur natürlich gewesen sein. Ehe Herr von Kahr seine Antwort gibt, wird er aber zweifellos über den allgemeinen politischen Standpunkt seiner Partei unterrichtet worden sein. Er wird also wissen müssen, daß die Bayerische Volkspartei zwar bereit ist, mit der Mittelpartei weiter zusammen zu arbeiten, aber nicht mit den extremen und zu Gewalttaten geneigten Elementen dieser Partei, ja, daß in der Volkspartei die starke Reizung besteht, einen Trennungsschnitt zwischen der eigentlichen Mittelpartei und ihrem extrem nationalistischen Anhängsel gezogen zu wünschen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde der jetzige Justizminister jenseits dieses Striches bleiben müssen.

Diese und andere Erwägungen persönlicher und politischer Art wird Herr von Kahr zweifellos anstellen, bevor er zu dem Angebot der Bayerischen Volkspartei Stellung nimmt, und es kann dann sehr wohl geschehen, daß seine Antwort negativ ausfällt, und daß er vorzieht, die schwierige Betätigung mit der hohen Politik ganz aufzugeben. Mit dieser Möglichkeit scheinen auch seine Anhänger zu rechnen, und es taucht, wie wir hören, im Zusammenhang damit aufs neue die Erwägung auf, ob es nicht geraten wäre, eine Auflösung des Landtages und damit in der Form von neuen Wahlen eine Volksbefragung herbeizuführen. Die Kreise, die diese Gedanken erörtern, hoffen jedenfalls durch die Popularität des Herrn von Kahr in ihrem Sinne auf die breiten Wählermassen und durch diese auf die künftige politische Kombination einzuwirken.

Eine Erklärung der Bayerischen Volkspartei.

Gegen die fremden Deutschnationalen.

München, 16. September.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ veröffentlicht heute abermals eine bemerkenswerte Auslassung. Darin wird zunächst gegen die deutschnationale Auffassung protestiert, als ob die preussische Regierung im Sinne der bayerischen Deutschnationalen bei der Reichsregierung interveniert habe. Das Gegenteil sei der Fall. Ministerpräsident Stegerwald würde sich selbstverständlich auf dem Standpunkt des Reiches gestellt haben, wenn die Deutschnationalen in Bayern diese eine Zuspitzung des Konflikts verschuldet hätten. In Wirklichkeit habe aber Stegerwald nur den einen dankenswerten Schritt getan, die Reichsregierung zur Annahme der von den bayerischen Koalitionsparteien beschlossenen Grundsätze zu bewegen, ohne die Veränderungen, die die bayerische Regierung unter dem Einfluß der Deutschnationalen vorgenommen hat. Würde die Reichsregierung diese Formel ablehnen, dann allerdings müßte sie die Schuld an der Zuspitzung des Konflikts treffen. Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Wenn es dem Wunsche gewisser deutschnationaler Kreise nach gegangen wäre, dann allerdings wäre es zum Konflikt mit dem Reich gekommen, bevor die letzten Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren, nicht etwa um der Eigenstaatlichkeit Bayerns, nicht um der nie sterbenden Wünsche des bayerischen Volkes willen, im eigenen Lande, so weit es die gesamtdeutschen Interessen erlauben, Herr zu sein, sondern aus ganz anderen Gründen. Unter dem Schutze der Ruhe und Ordnung in Bayern, deren Herstellung und Aufrihtung das unsterbliche Verdienst des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr bleiben wird, haben sich leider auch Kreise breit gemacht, die mit bayerischem Wesen und bayerischen Wünschen nichts gemein haben; denen ist das Wort Föderalismus nichts anderes als ein Schlagwort, das ihnen gut genug dünkt, um mit dem bayerischen Volk Schind-

luder zu treiben. Das muß einmal ganz deutlich ausgesprochen werden. Wir brauchen in Deutschland keine Missionare, die von außen kommen, um uns im Kampf für unsere deutschen Rechte und unsere deutsche Eigenart stärken zu lassen.“

Die Enthüllungen des Reichsfinanzlers.

Das Münchener Echo.

München, 16. September.

Das Schreiben des Staatskommissars Weismann, das der Reichsfinanzler in der gestrigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses vorgelesen hat, und die Auseinandersetzungen, die sich daran knüpften, haben in München nicht die Sensation hervorgerufen, die man vielleicht hätte erwarten können, und sie haben auf alle Fälle die Stimmung eher zugunsten Berlins verschoben.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ erklärt, es sei bisher in Deutschland nicht üblich gewesen, daß ein verantwortlicher Minister unter Berufung auf vertrauliche Erlundigungen so schwere Vorwürfe gegen die Behörden eines Bundesstaates erhebe. Ein hübsches System der Bespiegelung trete hier zu Tage. Reichsfinanzler und Staatskommissar müßten jetzt mit allen ihren Kenntnissen herausrücken und volle Klarheit schaffen, vor allem aber Beweise erbringen für die tolle Geschichte von dem verschanzten Waffenlager bei München.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ registrieren ebenfalls stärkstes Befremden darüber, daß der Reichsfinanzler sich dazu hergegeben habe, den Bericht des Staatskommissars dem Ausschuss vorzutragen, statt ihn korrekterweise zunächst der bayerischen Regierung zur Gegenäußerung zu unterbreiten. Der Bericht enthalte handgreifliche Unwahrheiten. „Oder sollte es wirklich einen vernünftigen Menschen geben, der glaubt, es wären in der Umgebung Münchens Schlupfwinkel unter polizeilichem Schutze vorhanden, bei denen jeder, der sich näst, unter Feuer genommen werde, ohne daß die Deffinitheit hiervon etwas erfährt? Solche Amentarthen sollte doch ein Staatskommissar nicht in einem amtlichen Bericht weiterverbreiten.“

Der Justizminister Dr. Roth läßt erklären, daß er weder den Kapitän Ehrhardt, noch den Oberst Bauer, noch den Major Pabst kennt, und daß daher die Mitteilung in ihrem ganzen Umfange frei erfunden sei. Der Reichsfinanzler hätte sich durch eine vorherige Anfrage in München hierüber leicht Aufklärung verschaffen können.

Auch der Münchener Polizeipräsident veröffentlicht eine Erklärung, die allerdings sehr kurz ist und nicht den Zweck haben kann, jemanden zu überzeugen. Er sagt: „Die Angelegenheit ist eine uralte Sache, berechtigen der Reichstagsabgeordnete Sängler ein Strafverfahren gegen mich anhängig gemacht hat. Ich habe deshalb keine weitere Erklärung abzugeben.“

Inzwischen hat heute vormittag der ständige Ausschuss des bayerischen Landtags einstimmig einen demokratischen Antrag angenommen, der von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie dem bayerischen Parlamente über die im Ueberwachungsausschusse des Reichstags gestern gegen den bayerischen Minister Dr. Roth und den Münchener Polizeipräsidenten Boehner erhobenen Anschuldigungen Aufschluß gebe.

*

Ueber eine „groß-politische Intrige“, die neben den kleinen inneren Umtrieben unreifer Elemente einhergeht und ebenfalls ihren Sitz in oder bei München hat, weiß die „B. Z. am Mittag“ folgendes zu berichten:

Es handelt sich um eine Bewegung, die ihren Sitz auf dem Schloß Neubauern in der Nähe von Rosenheim hat. Das Schloß, das der Gemahlin des Generals Herwarth von Wittensfeld, geb. Gräfin Dagenfeld, gehört, ist seit langem als Zufluchtsort einer Reihe von zum Teil hochgeborenen und selbst heute noch hochgestellten Persönlichkeiten bekannt, deren psychologische und manchmal anormale Eigenart höchstens insoweit politisches Interesse bietet, als sie sich in der Lust am Intrigenpiel und an einer weniger von Ueberzeugungen als von der Freude am Herbenkittel genährten Betriebsamkeit Luft macht. Auf diesem Schlosse laufen indes die Fäden des schon früher wiederholt angebotenen hochpolitischen Planes zusammen, der auf eine Vereinigung von Bayern und Ungarn unter Einbeziehung Deutschösterreichs, auf die Schaffung einer süddeutsch-katholischen selbständigen Monarchie und auf die Restauration des Hauses Wittelsbach abzielt. Der ungarische Staatsverweiser Sorthy ist nach unseren Informationen in den letzten Monaten häufiger Gast auf dem Schlosse gewesen — offenbar nicht bloß zur Erholung, und wiederholt dabei in Begleitung des Rapp-Obersten Bauer. Auch Ehrhardt und Pabst sollen dort schon zu Gast gewesen sein.

Oberschlesische Wirtschaftslage

Von

Serbert Weichmann.

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

Breslau, 16. September.

Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmerorganisationen der ober-schlesischen Industrie haben die letzten Wochen hindurch ununterbrochen Verhandlungen über Lohn-erhöhungen stattgefunden. Die Arbeitgeber hatten ein umfangreiches Material zusammengebracht, zum Beweise, daß die Notlage der Industrie eine weitere Lohnsteigerung nicht zulasse. Sie hatten einen Ausgleich in der Richtung vorgeschlagen, daß zunächst die Brotpreiserhöhung von den Arbeitgebern getragen werden sollte. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen, überrascht und bedenklich gemacht durch das vorgelegte Material, behielten sich eine Nachprüfung vor und begnügten sich zunächst damit, auf die dringende Notlage der Arbeiterschaft hinzuweisen, die von der Industrie auch anerkannt wurde. Nun ist es am Mittwoch nach einer vielstündigen Sitzung zu einer Einigung auf der Grundlage gekommen, daß an die Kohlenarbeiter 850, in den Eisenhütten 500, in den Erzgruben 400 und an die Arbeiter der Zinkhütten 350 Pfennig Lohnzulage für die verfahrenere Schicht gezahlt werden, und außerdem eine Erhöhung des Hausstandsgeldes um 450 Pfennig und des Kindergeldes um 250 Pfennig pro verfahrenere Schicht bezahlt werden soll. Einige lokale Arbeiterorganisationen wollen zwar dieses Ergebnis nicht anerkennen, doch halten die Gewerkschaften mit den erreichten Lohnzulagen den Wirtschaftsfrieden im allgemeinen für gesichert.

Wenn in den Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern jetzt eine Einigung zustande gekommen ist, so liegt das daran, daß sich im Laufe der Wochen die wirtschaftliche Lage der Gruben und der Industrie gebessert hat. Immer noch sind aber die Aufstandsschäden nicht überwunden und die dadurch entstandene wirtschaftliche Depression, die natürlich auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltmarktlage und dem Sturz der deutschen Baluta stand, ist keineswegs behoben. Zahlenmäßig ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

In der Eisenindustrie werden die Aufstandsverluste und zwar die direkten Verluste bei den kleineren Hütten, nicht unter 30, pro größere Hütte nicht unter 50 Millionen beziffert. Dazu geführt hat einmal der Rückgang der Produktion, teilweise bis auf unter die Hälfte bei annähernd gleicher Belegschaft, infolge des Ausfalls an Arbeitskräfte und des Rückgangs der Arbeitsleistung. Bei einer Hütte war beispielsweise die Friedensleistung von 140 Kilogramm pro Arbeitslopf zurückgegangen auf 30 Kilogramm, also auf etwas mehr als ein Fünftel der Friedensleistung. Sodann haben auch riesige Diebstähle in Metallen schweren Schaden verursacht. Vor allen Dingen sind aber während des Aufstandes die vorliegenden Aufträge zurückgelassen worden, so daß fast die gesamte Produktion auf Lager kam. So hatte sich in der Zinkhütte der Rohisenbestand in zwei Monaten um 68 v. H. vermehrt. Nach der Beendigung des Aufstandes sind teilweise wieder Aufträge herbeigekommen, doch kamen dann als neues Moment der Schädigung die zu niedrigen Preise hinzu. Im Juli betrugen die Verkaufspreise für Stabeisen 1600 bis 1800 M. pro Tonne, Ende August etwa 2200 M. pro Tonne, während die Gießungskosten darüber liegen.

Hier wirkte die Verschlechterung der Baluta entscheidend ungünstig. Die Eisenindustrie Oberschlesiens ist auf den Bezug von Erzen aus Schweden angewiesen. Die Tonne schwedischen Erzes, zum Preise von 25 Kronen, kostete Ende Juli etwa 400 M. Der Einkaufspreis nach dem heutigen Stand der Krone würde 590 M. betragen. Ein mittleres Hochofenwerk braucht etwa 5000 Tonnen monatlich, was also eine Differenz von 950000 M. ausmacht. Die vermehrten Aufträge bedeuten unter diesen Umständen also keinen Vorteil mehr. Das Roheisen aus anderen Industriegegenden, Rheinland, Westfalen und Luxemburg, konnte bis vor kurzem nach Oberschlesien noch billiger geliefert werden als das in Oberschlesien selbst gewonnene Roheisen. Außerdem liegen für viele Erzeugnisse, so z. B. in Grobblechen, keine sonderlich vermehrten Aufträge vor. In Grobblechen betrug der Verkaufspreis vor dem Aufstand etwa 1950 M. Dieser ist inzwischen noch nicht erhöht worden, während der Herstellungspreis 3600 M. beträgt.

In der Zinkindustrie ist die wirtschaftliche Lage nicht weniger ungünstig. Auch hier waren während des Aufstandes die Aufträge zurückgelassen worden, so daß beispielsweise bis vor kurzem die Silesia-Hütte und Lipine stillgelegt waren. Die Produktion ist gegen eine Friedensleistung von 42000 Tonnen von 28000 Tonnen auf 23000 Tonnen gesunken, während die entsprechende Belegschaft von 3750 auf 5050 gestiegen ist. Die Herstellungskosten für Zink lagen in den ersten Monaten dieses Jahres zwischen 9 und 11000 Mark pro Tonne, während der Verkaufspreis vor früher 1600 Mark, Ende August etwa 6500 Mark betrug. Eine einzige Zinkhütte in Oberschlesien hat auf diese Weise einen Verlust von etwa 14 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Maßgebend ist